AKTIVISTIN

FRAUENRECHTE SIND MENSCHENRECHTE

NETZWERK FRAUENRECHTE

AMNESTY-INFO / SEPTEMBER 2013

IRAN-AKTION

HINTER GITTERN: ENTFESSELT DIE FREIHEIT!

SEITE 3

8 BAHRAIN
FOLTERGEFAHR FÜR BEI EINER DEMO VERHAFTETE AKTIVISTIN

10 INDIEN
FRAUEN IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN TRADITION UND MODERNE

16 AFGHANISTAN
FRAUENRECHTLERINNEN BEDROHT, EINGESCHÜCHTERT UND ERMORDET

NETZWERK FRAUENRECHTE
AMNESTY INTERNATIONAL

NETZWERK FRAUENRECHTE
AMNESTY INTERNATIONAL

WEB
www.amnesty.at/frauenrechte
E-MAIL
frauenrechte@amnesty.at
FACEBOOK
ai-netzwerk frauenrechte

SPENDENKONTO
Kontonr. 316326
BLZ 20111
BIC: GIBAATWWXXX
IBAN: AT142011100000316326
lautend auf
AMNESTY INTERNATIONAL ÖSTERREICH
Verwendungszweck
NETZWERK FRAUENRECHTE

Liebe Leser_innen und Unterstützer_innen!

Haben auch Sie unser Coverbild bewundert? Dieses Gitter ist ein Kunstwerk des niederländischen Designers Joep Verhoeven, das Amnesty Österreich zur Verfügung gestellt wurde. Es zeigt auf beeindruckende Weise, wie ausdrucksstark etwas Draht die Situation politischer Gefangener in vielen Ländern darstellen kann.
Wir freuen uns, Ihnen auch in dieser Ausgabe – wie wir finden – spannende Berichte präsentieren zu können: Der Iran ist, wie so oft, Thema diverser Beiträge: Der nun im Exil lebende iranische Menschenrechtsanwalt Mohammad Mostafaei gibt Einblicke in seine damalige Tätigkeit und in die allgemeine Lage im Iran. Sollte dieser Bericht dazu führen, dass Sie sich denken: „Da muss ich doch, auch hier von Österreich aus, etwas tun!“, dann haben Sie die Gelegenheit, den Appell für Gleichberechtigung im Iran abzusenden. Außerdem finden Sie einen Bericht über unsere große „Hinter Gittern“-Aktion im Juni – ein Bericht, der nicht nur die Hintergründe und den Ablauf dieser Aktion zeigt, sondern vor allem auch Einblicke „hinter die Kulissen“ gewährt, da er ehrlich die Höhen und Tiefen dieses großen Projekts beschreibt. Wie immer gilt: Sollten Sie Interesse haben, bei uns mitzuarbeiten, schauen Sie doch einmal bei einem unserer Treffen vorbei – ein Mail an frauenrechte@amnesty.at genügt.
Neben dem Iran beschäftigen wir uns aber auch mit Bahrain, Afghanistan, Indien, Simbabwe und „Vienna + 20“: Aus Bahrain erreichten uns Informationen, dass vier Frauen und ein 14-jähriges Mädchen bei einer Demo festgenommen wurden. Dies ist kein Einzelfall, die Menschen werden immer wieder in ihren Rechten auf freie Meinungsäußerung sowie auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt.
Außerdem berichten vier afghanische Frauen von ihrer Arbeit im Kampf gegen Diskriminierung und Gewalt: Mit welchen Problemen hat eine Gynäkologin zu kämpfen, die sich vor allem um Frauen kümmert, die missbraucht oder vergewaltigt wurden? Impressionen über Frauenleben in Indien finden Sie ebenfalls in dieser Ausgabe.
In Simbabwe bemüht sich WOZA seit Jahren um eine Verbesserung der menschenrechtlichen Lage – sicherlich kein unbekanntes Thema für unsere treuen Leser_innen.
20 Jahre nach der Menschenrechtskonferenz 1993 in Wien sammelten sich erneut zahlreiche Menschen in Wien, um die Menschenrechte voranzutreiben.
Eine interessante Lektüre und einen guten Start in den Herbst wünscht Ihnen

IHR AMNESTY-NETZWERK FRAUENRECHTE

IN AKTION: UMBRELLA-MARCH, AFRIKATAGE

Anlässlich des Weltflüchtlingstags am 20. Juni luden, wie jedes Jahr, Nichtregierungsorganisationen aus ganz Europa unter dem Motto „Wir spannen den Schirm auf!“ zum European Umbrella March 2013 ein.
Der March fand in einer Reihe von Städten in Europa statt; in Wien gingen Menschen ab 11 Uhr von mehreren Treffpunkten weg, um sich für die Schlusskundgebung am Heldenplatz einzufinden.

Amnesty-Aktivist_innen schlossen sich mit ihren Tafeln mit Forderungen der Gruppe an, die beim Servitenkloster startete. Wir verteilten Flyer über die Asylsituation in Österreich. Dank der orangen Schirme - symbolische Schutzschirme für die Flüchtlinge, und in der Tat praktisch vor der strahlenden Sonne an diesem heißen Sommertag - und auch der Amnesty-Tafeln fielen wir auf: Passant_innen nahmen uns mit Interesse, vereinzelt Misstrauen, wahr, als wir durch die Straßen des 9. und 1. Bezirkes marschierten.

***

Vom 26. Juli bis zum 4. August 2013 fanden auf der Wiener Donauinsel die Afrika Tage statt. Mitglieder von Amnesty International waren dabei wieder mit einem Infozelt vertreten - bereits zum sechsten Mal. Besucher_innen hatten die Möglichkeit, bei ausgewählten Aktionen teilzunehmen und mit ihrer Unterschrift für die Verwirklichung der Menschenrechte einzutreten. In Summe konnten ca. 3500 Unterschriften gesammelt werden.

AKTION

HINTER GITTERN. HUNDERT STUNDEN SOLIDARITÄT MIT IRANISCHEN GEWISSENSGEFANGENEN

Eine Aktion von Amnesty-Aktivist_innen des „Netzwerks Frauenrechte“ und des „Netzwerks gegen die Todesstrafe“ vor der Präsidentschaftswahl im Juni

Dieser Text will kein sachlicher Bericht, sondern ein Dokument der emotionalen Höhen und Tiefen sein, die frau (man) als AktivistIn bei der Durchführung dieser Aktion erleben konnte. Wie kann ich meine Solidarität mit den iranischen Gewissensgefangenen intensiv und glaubwürdig ausdrücken? Und: Was sind schon 100 Stunden selbst gewählter „Isolierung“ in einer „Gefängniszelle“ aus mobilen Bauzaungittern gegen die Qualen einer langjährigen Haft unter z. T. unmenschlichen Bedingungen? Das waren Schahram Gudarzis Gedanken, als er die Aktion erfand. Zunächst gab es Zweifel, dann verhaltene Zustimmung und schließlich begeisterte und intensive Unterstützung bei den Vorbereitungen der Aktion durch eine Gruppe von Aktivist_innen beider Amnestygruppen.

DIE VORBEREITUNGEN: WIR SCHAFFEN DAS! Die Aktion „Hinter Gittern“ fand zum ersten Mal im Jahr 2011 statt. Ihr Ziel: Die öffentliche Aufmerksamkeit (Medien und Passant_innen) auf die Situation der Gewissensgefangenen im Iran zu lenken und möglichst viele Unterschriften für Petitionen an die iranische Regierung und Justiz zur Haftentlassung von Gefangenen und zur Rücknahme von Todesurteilen zu sammeln.
2013 sollte die Aktion in der Woche vor den Präsidentenwahlen im Iran vom 10.-14. Juni stattfinden, noch professioneller in der Durchführung, noch effektiver im Ergebnis als 2011. Eine Arbeitsgruppe bildete sich. In zahlreichen abendlangen Sitzungen wurde ein umfangreiches Begleitprogramm entwickelt, um in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit zu erregen, Kooperationen mit verschiedenen Amnesty-Gruppen sowie anderen Organisationen wurden geschlossen: Theatergruppe Spielerai, Aktionsgruppe Mediziner_innen, sowie Trauernde Mütter und GiF – Gesellschaft unabhängiger iranischer Frauen. Auch die Gruppe 3 aus Wien, Gruppe 8 aus Linz und Gruppe 39 aus Rohrbach würden sich der Aktion anschließen.

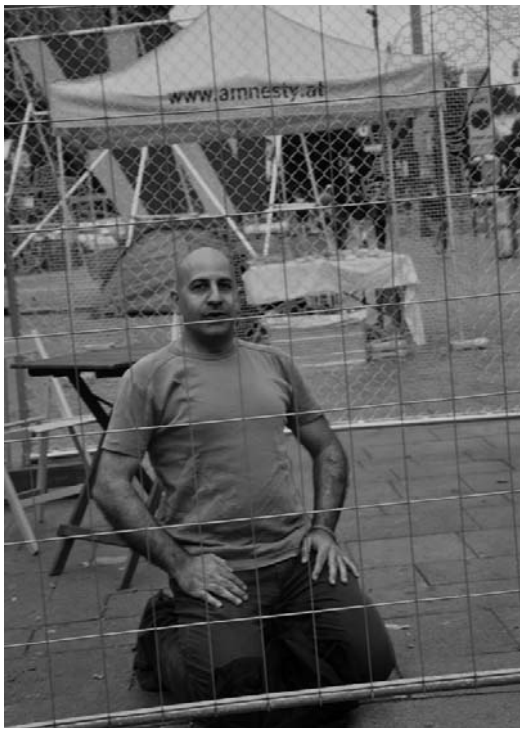
Ausstellung über Frauenrechtsaktivistinnen im Iran

Fotos, wenn nicht gekennzeichnet: Amnesty International

Als wichtiger Zeuge der Situation von Gefangenen und zum Tode Verurteilten im Iran wurde Mohammad Mostafaei, seit 2010 im Exil in Norwegen lebender Anwalt, eingeladen. Die Ausstellung „Irans Herz schlägt“, die auf großformatigen Plakaten 27 Gewissensgefangene im Iran vorstellt, sollte die Aktion begleiten. Der „Gefangene“ würde wieder viele gelbe Kraniche falten, die am Ende der Aktion bei der iranischen Botschaft abgegeben werden sollten. Der Ort der Inszenierung: Ecke Mariahilfestraße / Museumsquartier mitten in Wien. Eins war klar: Ohne Medienecho würde all die Anstrengung verpuffen!
Eine ursprünglich versuchte Ausweitung der Aktion auf Amnestygruppen in verschiedenen EU-Ländern ließ sich leider nicht realisieren. Aber die Organisation „United for Iran“ griff die Idee auf und machte eine ähnliche Aktion in San Francisco.

MONTAG, 10. JUNI: UND DANN DAS! Am Montag, den 10. Juni, waren die AktivistInnen früh auf den Beinen. Der Aufbau der „Gefängniszelle“ aus Bauzäunen, der Aufbau der „Ausstellungswände“, die Aufstellung von Info-Tisch und Petitionen, das Aufhängen der Poster musste zügig geschehen, wenn alles

AKTION. HINTER GITTERN



Der „Gefangene“ nach der Festnahme

zum geplanten Pressegespräch fertig sein sollte. Dann erst mal Fassungslosigkeit – der vorgesehene Platz war von Gastwirtsbänken der vorangegangen Wochenendveranstaltung verstellt. Doch dann rollten die Ottakringer Lastwagen an, und die Arbeit begann.
10:00 Pressegespräch – stand im Programm. Die Inszenierung stand, Mohammad Mostafaei, Christine Newald, Amnesty-Pressesprecherin, Jaleh Lackner Gohari, Iran-Expertin, Ali Gouche, Vertreter der Aktionsgruppe Mediziner_innen und die AktivistInnen warteten gespannt. Jedoch – keine Presse! Betretene Gesichter.
Am Nachmittag, der Höhepunkt dieses Tages: Mit einer ausdrucksstarken Pantomime fingen die Darsteller der Spielerai den „Delinquenten“ ein, zogen ihm einen schwarzen Sack über den Kopf und warfen ihn in die Zelle. „Schahram, wie fühlst Du Dich?“ – „Schlecht, sehr schlecht“.
Sehr, sehr schlecht sieht es laut Mohammad Mostafaei auch mit der Justiz im Iran aus. Es gebe keine unabhängige Justiz im Iran, sie sei von Korruption durchdrungen und stehe im Dienste des Machterhalts der Herrschenden. So beschrieb er die Situation im Iran in seinem Vortrag, den er am selben Abend im Afro-Asiatischen Institut auf Einladung der Amnesty-Medizinner_innengruppe hielt. Der Anwalt mehrerer zum Tode verurteilter Menschen, dem es gelungen war, einige vor der Hinrichtung zu bewahren, berichtete, wie er sich mit Verfahrenstricks und mit Appellen an die internationale mediale Öffentlichkeit für seine Klienten einsetzte. Nachdem er selbst in Gefahr geriet und den Iran verlassen musste, kann er dies nun nur noch aus dem Exil tun. Die Aussichten auf positive Veränderungen im Iran nach den Wahlen sieht er düster. Im Iran sei eine religiöse Diktatur an der Macht, nur die iranische Zivilgesellschaft könne diese von innen bekämpfen, doch sie sei (noch) schwach, man müsse sie von außen stärken.

DIENSTAG, 11. JUNI: ALLES WIRD NASS! Schon am Montagnachmittag hatte es angefangen zu regnen, in der Nacht trommelte dann unaufhörlich heftiger Regen auf Schahrams Zelt. Aber: „Im Regen in einem Zelt auf der Mariahilferstraße zu schlafen ist immer noch angenehmer als im Evin-Gefängnis in Teheran.“ Originalton Schahram. Fast den ganzen Dienstag prasselte der Regen mit wenigen sonnigen Auflockerungen, die Menschen eilten regenschirmbewehrt an unseren Aufbauten vorüber. Immer wieder mussten wir unsere Petitionen ins Trockene retten, während unser Gast Interviewtermine absolvierte.
Um 16 Uhr stand das Thema Todesstrafe auf dem Programm. Doch der Vorsatz ertrank in den Wassermassen. Zum Glück ließ Esther Adomako, Gospelsängerin und Rapperin, sich nicht beirren und sang mit warmer, volltönender Stimme Lieder gegen die Todesstrafe und für den Frieden. Dann retteten sich die Aktivist_innen mit Mohammad Mostafaei zu einem persönlichen Interview in ein Café.
Erst gegen Abend klarte es auf, der „Chor der weißen Frauen“ unter Leitung von Ivana Ferencova, gesellte sich spontan zu uns und sang Lieder und Rhythmen für Amnesty. Die Wettervoraussage für die nächsten Tage stimmte hoffnungsvoll.

MITTWOCH, 12.JUNI: ENDLICH ENDLICH SONNE. Die Stimmung stieg: Schahram wirkte gelöst, das Zelt war wieder trocken. Die Menschen auf der Mariahilferstraße ließen sich gerne unsere Informationsflyer in die Hand drücken, deutlich mehr, auch viele Jugendliche kamen, um Petitionen zu unterschreiben.
Dem Informationsaustausch über zukünftige Entwicklungen im Iran diente ein Gespräch von Mohammad Mostafaei mit dem zukünftigen österreichischen Botschafter in Teheran Dr. Friedrich Stift und Dr. Gerhard Doujak, Leiter der Menschenrechtsabteilung im Außenministerium.
Hatten wir an diesem Tag nicht auch einen Programmpunkt wie jeden Tag, um 16 Uhr? Diesmal fiel er nicht ins Wasser, sondern einfach aus. Stattdessen: Vertreter_innen der Aktionsgruppe Mediziner_innen erörterten mit unserem Gast die jüngsten Entwicklungen und zukünftige Perspektiven nach der

Präsidentenwahl. Auch gut! Am Abend flog Mohammad Mostafaei dann zurück in sein Exilland Norwegen. Auch wir hatten ihn immer wieder über seine persönlichen Erfahrungen bei seiner Arbeit als Anwalt von Verurteilten befragt. Eine Zusammenfassung dieser Gespräche sowie seines Vortrags im Afro-Asiatischen Institut finden Sie auf den nächsten Seiten.

DONNERSTAG, 13. JUNI: GEBALLTE FRAUENPOWER. Dieser Nachmittag sollte ganz im Zeichen der Frauen stehen. In Wien lebende Iranerinnen würden interessierten PassantInnen die Ausstellung „Das Herz des Iran schlägt" näher bringen. Der Titel der Ausstellung nimmt Bezug auf die vielen mutigen Frauen, die im und außerhalb des Iran für Menschenrechte kämpfen und deshalb entweder dort im Gefängnis sind oder das Land verlassen mussten. Mitglieder von GIF, der Gesellschaft unabhängiger iranischer Frauen, haben sich für diesen Programmpunkt uns angeschlossen und ihre Freizeit und ihr Wissen zur Verfügung gestellt. Sie wollten die auf den aushängenden Postern abgebildeten iranischen Menschenrechtsaktivistinnen vorstellen und über deren Wirken berichten.
Außerdem war auch für diesen Tag eine künstlerische Darbietung vorgesehen.
Kurz vor 16 Uhr waren bereits zahlreiche Frauen von GIF und Melamar, Poetin und Musikerin vor Ort. Melamar rezitierte einige ihrer beeindruckenden und starken Gedichte, wie zum Beispiel Nadia Andjoman, die allesamt menschenrechtliche Themen behandeln und deshalb hervorragend zu unserer Aktion passten.
Auch die iranische Community war an diesem frühen Abend äußerst zahlreich vertreten und es kam zu vielen interessanten Gesprächen zwischen PassantInnen, GIF-Frauen und Amnesty-AktivistInnen, aber auch zwischen den Mitgliedern der Community selber, die sich sichtlich über dieses Zusammentreffen freuten. Dementsprechend lang leisteten viele von ihnen auch noch Schahram Gesellschaft und verkürzten ihm die Zeit in seiner Zelle.

FREITAG, 14. JUNI: DER TAG DER BEFREIUNG. Schahram empfing die anderen AktivistInnen an diesem Morgen mit einem Fünf-Tage-Bart. Er sah müde aus, die Mariahilferstraße sei nachts sehr laut, an Schlaf kaum zu denken. Langsam kommt Schahram an seine Grenzen. Doch die Zahl der gefalteten Kraniche, die am Ende bei der Iranischen Botschaft abgegeben werden sollen, wächst.
Der Freitag war auch der Tag der Petitionen und der Winde. Viele Menschen kamen spontan zum Info-Stand, um zu unterschreiben – während wir die Petitionen und Flyer immer wieder mit unseren Amnesty-Steinen am Fortfliegen hindern mussten. Viele hatten den Artikel über den „eingesperrten Flüchtlingshelfer" in der Bezirkszeitung gelesen – ein offensichtlich gern und viel gelesenes Blatt.
Unser Programmpunkt am letzten Tag: die Befreiung – symbolisch und auch im wahrsten Sinne des Wortes für Schahram.
15 Uhr: Maren Rahman übt sich schon mal ein. Wenig Publikum, und wie viele AktivistInnen? Werden es genügend sein, um die „Befreiung" wie geplant durchführen zu können? Dann erklingt sie, ausdrucksstark gesungen, die „Moritat vom ‚schönen Leben' im Iran".
In sechs Strophen wird namentlich an zu Unrecht Verurteilte oder Hingerichtete erinnert. Die siebte Strophe ist Amnesty, d. h. den Millionen Menschen weltweit gewidmet, die unermüdlich Briefe und Postkarten schreiben, Petitionen unterschreiben, um bei den Herrschenden Gerechtigkeit einzufordern. Sieben AktivistInnen sind es nun doch geworden, sie halten zu jeder der sieben Strophen ein großformatiges Poster in die Höhe, das den Inhalt drastisch illustriert. Zum Refrain „Wir werden die Menschen befrei'n" wird Schahram aus seiner Zelle geholt.
Dann singen wir, begleitet von Maren Rahmann und ihrem Akkordeon „Die Gedanken sind frei" – ein bewegender Abschluss.

Befreiung mit Maren Rahman

Fazit: Eine solche aufwendige, über einen längeren Zeitraum geplante einwöchige Aktion fordert viel von den Aktivist_innen: Ausdauer und Kreativität, hartnäckiges Engagement, aber auch die Fähigkeit zum Umgang mit Enttäuschungen und Flexibilität beim schnellen Umdisponieren. Natürlich spielt auch das Wetter eine große Rolle.
Belohnt aber werden sie allemal: Freude über die tagtäglichen kleinen und großen Erfolge, Gespräche mit vielen Menschen, die sich für die Aktivitäten von Amnesty interessieren, viel Zuspruch und viele Unterschriften sowie – nicht zu vergessen – das großartige Gefühl, gemeinsam an einer wichtigen Sache zu arbeiten.

IRAN

„DAS REGIME IST BESONDERS FRAUENFEINDLICH.“

Der geflohene Menschenrechtsanwalt Mohammad Mostafaei zu Gast bei Amnesty in Österreich. Als Anwalt engagierte sich Mohammad Mostafaei besonders für zum Tode verurteilte Jugendliche. Auch im norwegischen Exil kämpft er weiter für die Gewissensgefangenen und zum Tode Verurteilten im Iran.

Der iranische Menschenrechtsanwalt Mohammad Mostafaei
Unten am Amnesty-Infostand

Der aus dem Iran stammende Menschenrechtsanwalt Mohammad Mostafaei spezialisierte sich auf Fälle mit Todesurteil. Er vertrat so bekannt gewordene Frauen wie Sakiani Ashtiani oder Nasrin Sotoudeh. Aufgrund seiner einzigartigen Herangehensweise war er der iranischen Obrigkeit bald ein Dorn im Auge. Er emigrierte nach Norwegen, wo er auch heute mit seiner Familie lebt. Im Juni, kurz vor den iranischen Präsidentschaftswahlen, war er beim Netzwerk Frauenrechte zu Besuch in Österreich. Im Gespräch erläutert er die Menschenrechtssituation im Iran und er erzählt auch von seinem Werdegang.
Mostafaei wuchs im Süden Teherans auf, dieser Stadtteil gilt als ärmlich. Hier wohnt eine einkommensschwache und teils auch bildungsferne Gesellschaftsschicht. Bereits als Kind beobachtete er zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, etwa Verletzungen der Kinderrechte, Erniedrigungen und Exekutionen. Er sagt, die Sensibilität für Menschenrechte ist seither in ihm „wie ein Organ“ gewachsen. Als Anwalt merkte er sehr schnell, dass auch dieser Berufsstand vom herrschenden Regime unter Druck gesetzt wird und kaum selbstständig arbeiten kann. Mostafaei erlangte vor allem durch die Verteidigung der zur Steinigung verurteilten Sakineh Mohammadi Ashtiani, die beschuldigt wurde, mit dem Mörder ihres Mannes ein Verhältnis zu haben, Bekanntheit.
Die Aufmerksamkeit des iranischen Regimes lenkte Mostafaei allerdings aus einem anderen Grund auf sich. Man missbilligte die Art und Weise, wie er die ihm übertragenen Fälle behandelte: Er hat die Schwachpunkte des Sicherheitssystems für seine MandantInnen genutzt und das System hinterfragt.
Aufgrund seiner Menschenrechtstätigkeit wird schließlich nicht nur er sondern auch seine Frau unter Druck gesetzt und einmal festgenommen. Seine Kolleg_innen rieten ihm, das Land zu verlassen, was er auch tat. Da man ihn nun ohnehin nicht mehr belangen konnte, ließ man auch seine Frau fortan in Ruhe – so wie seine Kolleg_innen vermuteten. Sie folgte ihm später mit den Kindern. Seine Mutter und seine Geschwister leben nach wie vor im Iran. Sie sind politisch nicht aktiv und werden vom Regime weitgehend in Ruhe gelassen.

KAMPAGNE FÜR DIE GLEICHBERECHTIGUNG. Nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen 2009 gingen viele Aktivist_innen ins Ausland. Das Regime geht gegen im Land verbliebene Menschenrechtsverteidiger_innen seither sehr repressiv vor und schlägt jede Bewegung sofort nieder. Mostafaei schätzt, dass nur etwa 20 Prozent der Aktivist_innen im Land geblieben und auch aktiv sind. Die verschiedenen Bewegungen sind aber nicht völlig aus der Welt, sondern nur im Moment etwas still. Besonders still wirkt es auch, da die Medien im Iran nicht entsprechend über geplante oder durchgeführte Aktionen berichten dürfen. Das Regime ist zudem besonders frauenfeindlich und versucht, über Gesetze noch mehr Druck auf diese auszuüben. Da-

rüber hinaus gibt es immer wieder die Propaganda, dass „Frauen und Familie“ zusammen gehören. Die Ideologie des Regimes ist es, Frauen unter der Kontrolle der Männer zu wissen. Frauen sollen ein traditionelles Rollenbild in der Familie erfüllen und die Männer über sie bestimmen dürfen. Das vermutet Mostafaei auch als Grund, warum Frauen von bestimmten Studienrichtungen ausgeschlossen wurden.

SITUATION VON HÄFTLINGEN IM IRAN. Die Hafturlaube von Nasrin Sotoudeh (auch sie war ein Appellfall von Amnesty) oder Bahareh Hedayat (Menschenrechtsaktivistin, die wegen Propaganda gegen den Iran zu neun Jahren Haft verurteilt wurde) sind laut Mostafaei kein Grund für Optimismus. Hafturlaube sind auch im Iran gängiges Recht, selbst wenn sie nicht immer gewährt werden. Das System im Iran funktioniert so: Sobald jemand den Mund hält und nicht mehr öffentlich auftritt, werden kleine Zugeständnisse gemacht. Ist jemand weiter aktiv, werden auch kleine Freiheiten gestrichen. Im Iran befindet sich auch offiziell niemand aus politischen Gründen in Haft. Die Verurteilungen lauten in solchen Fällen zum Beispiel „Aufstand gegen den Staat“ oder „Feindschaft gegen Gott“.
Iranische Gefängnisse entsprechen kaum internationalen Standards. Sie sind meist überfüllt und das Personal verfügt über keine entsprechende Ausbildung. Bezüglich sexueller Übergriffe in Gefängnissen kann Mostafaei diese nicht bestätigen, er hat davon aber genauso gehört. Die Vergewaltigung von Jungfrauen vor der Hinrichtung wird laut Mostafaei allerdings nicht mehr praktiziert und entspricht auch nicht dem geltenden iranischen Gesetz. Dieses Verbrechen wurde vor allem im Zuge der Revolution begangen, um die „Täterinnen“ daran zu hindern, als Jungfrauen automatisch Eingang ins Paradies zu finden.
Was Drogendelikte betrifft, ist die Situation besonders heikel, weil keine Berufung eingelegt werden kann. Das Todesurteil erfolgt normalerweise nach einem stichhaltigen Beweis wie das Finden von Drogen und nicht aufgrund eines (erzwungenen) Geständnisses und dagegen kann nicht oder nur sehr schwer berufen werden.

AUSSICHTEN FÜR DIE ZUKUNFT. Bei den vergangenen Präsidentschaftswahlen haben sich auch Frauen um eine Zulassung beworben. Zur Wahl durften von 680 Kandidat_innen nur acht Männer antreten. Dass Frauen aufgrund ihres Geschlechts abgelehnt wurden, wurde natürlich so nie behauptet. Die Wahl von Hassan Rouhani zum neuen Präsidenten im Juni wurde im Iran und im Westen mit Optimismus gesehen. Eine offenere Haltung gegenüber dem Westen wird erwartet. Vor allem Iraner_innen gehen von einer Lockerung des Embargos und einer besseren Wirtschaftspolitik aus. Exiliraner_innen glauben allerdings nicht an grundlegende Neuerungen in Richtung Gleichberechtigung, Demokratie oder Rechtsstaatlichkeit.

WERDEN SIE AKTIV!

Bitte schicken Sie den Appellbrief für die Freilassung der Frauenrechtsaktivistinnen und ein Ende der Repression gegen Menschenrechtsverteidiger_innen ab!

FRAUENRECHTSAKTIVISTINNEN: SEIT JAHREN SCHIKANIERT, VERHAFTET, VERTRIEBEN

Die „Eine Million Unterschriften-Kampagne“, auch bekannt als Kampagne für Gleichberechtigung, wurde 2006 ins Leben gerufen. Es ist eine Graswurzelbewegung, bestehend aus einem Netzwerk von Menschen, die sich für ein Ende der Diskriminierung von Frauen im iranischen Recht einsetzen. Die Kampagne gibt eine grundlegende rechtliche Ausbildung an Freiwillige, die durch das Land reisen und ihre Ideale verbreiten. Sie sprechen mit Frauen in ihren Häusern sowie auf öffentlichen Plätzen, klären sie über ihre Rechte auf und die Notwenigkeit einer Rechtsreform. Die Freiwilligen haben sich auch zum Ziel gesetzt, eine Million Unterschriften unter eine Petition zu sammeln, die eine Abschaffung Frauen diskriminierender Gesetze im Iran verlangt. Die Mitglieder der Kampagne legen Wert darauf, ihre Aktivitäten in voller Übereinstimmung mit dem Gesetz durchzuführen. Die iranische Verfassung erlaubt friedliche Zusammenkünfte, und es ist völlig legal, Bildungsseminare zu veranstalten und Unterschriften unter eine Petition für rechtliche Änderungen zu sammeln. Dennoch wurden Dutzende der Kampagnenmitglieder wegen ihrer Aktivitäten verhaftet oder schikaniert, einige beim Versuch, Unterschriften für die Petition zu sammeln. Da ihnen Genehmigungen für öffentliche Versammlungen häufig verweigert wurden, halten Kampagnenaktivistinnen ihre Seminare häufig in Häusern von Sympathisantinnen ab, von denen einige Drohanrufe erhalten haben, angeblich von Sicherheitskräften, oder zu Verhören einbestellt wurden. Mitgliedern der Kampagne für Gleichberechtigung wurde auch verwehrt, ins Ausland zu reisen.

BAHRAIN

AKTIVISTINNEN BEI DEMO FESTGENOMMEN

DIE ZWEIFACHE MUTTER SEDDIQA AL-BASRI IST SEIT DEM 14. AUGUST INHAFTIERT. DREI WEITERE FRAUEN UND EIN MÄDCHEN WAREN GEMEINSAM MIT IHR FESTGENOMMEN WORDEN, WURDEN ABER KURZ DARAUF FREIGELASSEN. SIE IST IN GEFAHR, GEFOLTERT ODER ANDERWEITIG MISSHANDELT ZU WERDEN.

Am 14. August gegen 15 Uhr wurden Seddiqa al-Basri und drei weitere Frauen sowie ein 14-jähriges Mädchen festgenommen, als sie versuchten, sich einer Demonstration gegen die Regierung an der Sayf-Kreuzung in der Hauptstadt Manama anzuschließen. Seddiqa al-Basri saß am Steuer des Autos, in dem die Frauen fuhren, als sie von der Polizei angehalten wurden. Die Frauen wurden mit Gewalt aus dem Auto gezerrt und anschließend in einem Polizeifahrzeug zur Polizeiwache al-Hurra in der Hauptstadt gebracht. Dort vernahm sie die Polizei mehrere Stunden lang. Am 15. August ungefähr um 1 Uhr morgens kamen die drei Frauen Tayyiba Derwish ‘Issa, Sharifa Sayyid Sa’eed Mahdi, eine weitere Frau, deren Name nicht bekannt ist, und die 14-jährige ‘Adhra’ Mohammad wieder frei. Etwa zur selben Zeit wurde Seddiqa al-Basri in eine Frauenhaftanstalt in Madinat Isa, südwestlich von Manama, überführt.

Frauen in Bahrain versammeln sich und halten Transparente mit den Bildern verletzter Demonstrierender.

© Al Jazeera English

Am 15. August wurde Seddiqa al-Basri im Büro der Staatsanwaltschaft (Public Prosecution Office - PPO) in Gegenwart ihres Rechtsbeistands vernommen. Ihr Rechtsbeistand hatte eine Genehmigung beantragt, bei der Vernehmung von Seddiqa al-Basri und den vier Frauen in der Polizeiwache anwesend sein zu dürfen. Der Antrag wurde vom PPO jedoch abgelehnt. Seddiqa al-Basri wurde vom PPO „des Versuchs, zwei Polizeibeamtinnen zu überfahren“ angeklagt. Sie bestreitet dies jedoch. Seddiqa al-Basri war 2013 bereits sechs Monate lang vom 28. Januar bis zum 17. Juli inhaftiert, nachdem sie schuldig gesprochen worden war, „die Gefühle eines Polizeibeamten verletzt zu haben“, sowie wegen „öffentlicher Versammlung“. Bei ihrer ersten Vernehmung wegen des vorangegangenen Zwischenfalls wurde sie Berichten zufolge gefoltert.

DER HINTERGRUND. Am 14. August fanden in zahlreichen schiitischen Dörfern in Bahrain Anti-Regierungsdemonstrationen statt. Demonstrierende planten einen Protestmarsch nach Manama, wurden aber von PolizeibeamtInnen durch Tränengas, und in einigen Fällen sogar durch die Errichtung von Stacheldrahtabsperrungen um die Dörfer herum, davon abgehalten. Mindestens 18 Personen sind festgenommen worden. Die Tamarod-Bewegung, die sich aus Jugendgruppen zusammensetzt, prangerte bei den Anti-Regierungsdemonstrationen vom 14. August die Unterdrückung durch die Regierung an und forderte wirkliche politische Reformen. Andere Oppositionsvereinigungen hatten ebenfalls eine Anti-Regierungsdemonstration geplant, die jedoch aufgrund der äußerst einschüchternden Präsenz von Sicherheitskräften in Manama abgesagt wurde.

Mehr als zwei Jahre nach dem Aufstand in Bahrain und den angekündigten Reformen befinden sich immer noch gewaltlose politische Gefangene in Haft – darunter auch Demonstrierende, die während der Proteste festgenommen wurden. Ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung sowie Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit werden weiterhin unterdrückt. In den vergangenen Monaten wurde gewaltlosen politischen Gefangenen nicht nur die Freilassung verwehrt, es ist sogar vermehrt zu Inhaftierungen von Personen gekommen, die auf Twitter oder bei Demonstra-

WERDEN SIE AKTIV!

Bitte schicken Sie den Appellbrief für die Freilassung von Seddiqa al-Basri ab!

tionen friedlich ihre Meinung geäußert haben. Bahrainische Gerichte scheinen stärker darauf bedacht zu sein, sich der Regierung unterzuordnen, als wirksame Rechtsmittel für BahrainerInnen anzubieten und die Rechtsstaatlichkeit aufrechtzuerhalten.

VERSCHÄRFTES VORGEHEN. Angesichts der aktuellen Gewaltzunahme und der geplanten Durchführung von Großdemonstrationen durch die Opposition traf sich das Parlament von Bahrain am 28. Juli zu einer außerordentlichen Sitzung und legte dem König von Bahrain, Scheich Hamad bin 'Issa Al Khalifah, anschließend 22 Empfehlungen vor. Diese sehen eine Verschärfung der im Antiterrorgesetz von 2006 festgelegten Strafen vor. Am 29. Juli wurden die Empfehlungen vom König gebilligt, der seinen Premierminister daraufhin anwies, ihre umgehende Umsetzung durch die Regierung zu gewährleisten. Nach Artikel 38 der Verfassung von Bahrain ist der König befugt, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, wenn sich das Parlament in den Ferien befindet. Unter diesen Umständen bereitet die Regierung die Gesetzesänderungen vor, die dann vom König ratifiziert werden.
Am 6. August erließ der König zwei Notverordnungen. Einer dieser Erlasse ändert das Gesetz über öffentliche Versammlungen und Demonstrationen aus dem Jahre 1973 und verbietet Demonstrationen, Sitzstreiks, Protestmärsche und öffentliche Versammlungen in der Hauptstadt Manama. Das Jugendschutzgesetz aus dem Jahre 1976 wurde ebenfalls reformiert. Darin steht nun, dass die Eltern von Jugendlichen unter 16 Jahren eine schriftliche Verwarnung des Innenministeriums erhalten, wenn die Jugendlichen an Demonstrationen, öffentlichen Versammlungen oder Sitzstreiks teilnehmen. Sollte der oder die Jugendliche sechs Monate nach der Verwarnung erneut bei einer Demonstration gesehen werden, drohen dem Vater eine Geld- oder Gefängnisstrafe oder beides. Amnesty International befürchtet, dass diese drakonischen Maßnahmen dazu dienen, hart gegen Anti-Regierungsdemonstrationen vorzugehen, wie es bereits am 14. August der Fall war.

APPELLE AN

KING (KÖNIG)
Shaikh Hamad bin ‘Issa Al Khalifa
Office of His Majesty the King
P.O. Box 555, Rifa’a Palace
al-Manama, BAHRAIN
(Anrede: Your Majesty)
Fax: (00 973) 1766 4587

MINISTER OF INTERIOR (INNENMINISTER)
Shaikh Rashid bin ‘Abdullah Al Khalifa
Ministry of Interior, P.O. Box 13
al-Manama, BAHRAIN
(Anrede: Your Excellency)
Fax: (00 973) 1723 2661
Twitter: @moi_Bahrain

KOPIEN AN

MINISTER OF JUSTICE AND ISLAMIC AFFAIRS
(MINISTER FÜR JUSTIZ UND ISLAMISCHE ANGELEGENHEITEN)
Shaikh Khalid bin Ali bin Abdullah Al Khalifa
Ministry of Justice and Islamic Affairs
P.O. Box 450
al-Manama, BAHRAIN
Fax: (00 973) 1753 1284
E-Mail: minister(at)justice.gov.bh
Twitter: @Khaled_Bin_Ali
BOTSCHAFT DES KÖNIGREICHS BAHRAIN
Chemin Jaques-Attenville 1, C.P.39 CH-1292
Chambésy, 1218 Grand-Saconnex
Fax: (0041 22) 758 96 50
E-Mail: info@bahrain-mission.ch

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle möglichst sofort. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem 27. September 2013 keine Appelle mehr zu verschicken. Musterbrief hinten im Heft.

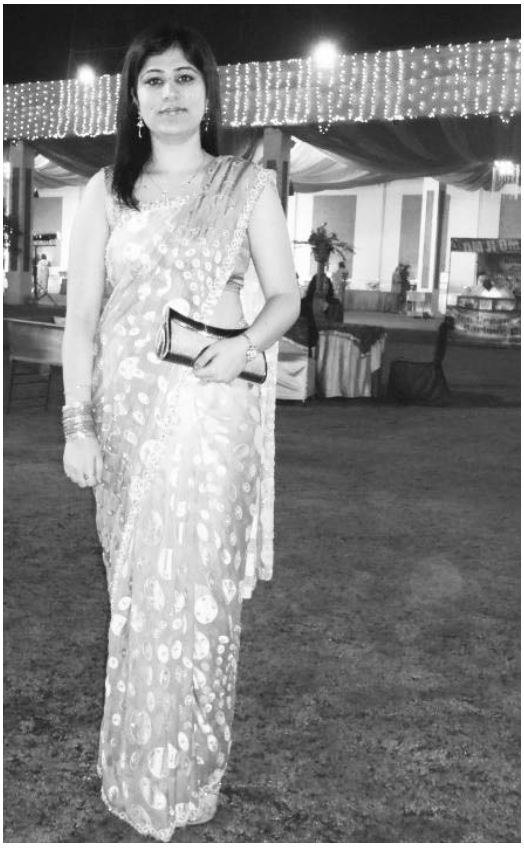
INDIEN

VON SUNITA UND SONALI

Mit der zunehmenden Urbanisierung Indiens und der wachsenden Mittelschicht müssen die Frauen in Indien neue Rollen übernehmen. Impressionen vom indischen Frauenleben.

Von Puneet Kaur, Neu Delhi

Indische Städte sind Megastädte mit 15 bis 20 Millionen Einwohnern. In diesen Megastädten wird das Leben immer teurer, und die Familien sind auf ein zweites Einkommen angewiesen. Deshalb sind zunehmend mehr Frauen berufstätig. Die Mentalität der Gesellschaft hat mit dieser Entwicklung jedoch nicht Schritt gehalten, und die Frauen stehen im Kreuzfeuer zwischen Tradition und Moderne.



Eine frisch verheiratete junge Frau der Mittelschicht. Die Gesellschaft erwartet von ihr, dass sie trotz Berufstätigkeit die traditionelle Frauenrolle spielt.

SUNITA. Neu Delhi. 5 Uhr morgens. Der Wecker klingelt. Sunita macht die Augen auf, am liebsten würde sie weiterschlafen, aber das geht nicht. Sie steht auf, geht direkt in die Küche und fängt an, das Pausenbrot für die Kinder, Frühstück und Mittagessen für die Familie zuzubereiten. Zwischendurch muss auch der Tee für die Schwiegereltern und für ihren Mann, der weiterschläft, gemacht werden. Um 6.30 weckt sie die Kinder. Der Schulbus kommt in 45 Minuten. Die Routine sitzt - Bad, Schuluniform anziehen, Frühstück, das tägliche Gerangel, um Schulhefte zu suchen, Projekte für die Schule zu sammeln. Gott sei dank ist ihr Mann bereit, mit den Kindern zur Bushaltestelle zu gehen. Bei dem Verkehr ist es besser, wenn jemand die Kinder begleitet. Der Mann kommt zurück, möchte noch eine Tasse Tee und sein Frühstück. Sie geht nochmals in die Küche, macht den Tee, packt das Mittagessen für sich und den Mann ein. Es ist schon 8 Uhr. In einer halben Stunde muss sie selbst aus dem Haus und zur Metrostation gehen, um pünktlich ihren Arbeitstag als Sachbearbeiterin in einer staatlichen Behörde zu beginnen. Ihr beruflicher Alltag beginnt jetzt. Acht Stunden im Büro und dann zurück und wieder in die Küche bis 22 Uhr.

Sunita ist kein Einzelfall. Das ist der Alltag der meisten berufstätigen Frauen in indischen Großstädten, die zwar den Schritt in die „moderne“ Welt getan haben, in dem sie eine Ausbildung und einen Beruf haben, aber weiterhin mit dem herkömmlichen Rollenverständnis von Mann und Frau leben müssen. Deshalb ist es auch kein Wunder, dass viele Frauen ihre Emanzipation darin sehen, nicht diese Doppelrollen spielen zu müssen, sondern, wenn die finanzielle Situation es erlaubt, den Beruf aufgeben, um „nur“ Hausfrau zu sein.

Die Argumente von wirtschaftlicher Unabhängigkeit oder Selbstverwirklichung verstehen sie sehr schwer, weil das Geld, das sie verdienen, in die Haushaltskasse geht und über ihre Investitionen und Bankkonten weiterhin der Mann entscheidet. Und Zeit, Hobbys nachzugehen, haben sie sowieso nicht.

Die Geschichte von Sunita könnte in jeder indischen Stadt spielen. Frauen sind einerseits unbezahlte Haushaltskräfte, andererseits sollen sie auch Geld in die Familie einbringen. Dass sie auch eigene Wünsche haben, und nicht nur den Sinn des Lebens in der Familie suchen, ist selbst für viele junge Männer ein fremder Gedanke. Sunita hat das Glück, dass

ihr Einsatz für die Familie gebraucht wird und sie nicht als Last abgeschrieben wird.

DIE ANDERE REALITÄT. In vielen Teilen Indiens werden Frauen nur als Belastung empfunden und die Geburt einer Tochter ist Grund zur Trauer und Enttäuschung. Wenn Mädchen bei der Geburt nicht gleich ermordet werden, wie es in Rajasthan und einigen anderen Teilen Nordindiens vorkommt, kann man sicher sein, dass sie als letzte in der Familie zu essen bekommen, wahrscheinlich gar nicht in die Schule geschickt werden und ihr Leben lang gesagt bekommen, was für ein Fluch sie für die Familie seien. In manchen wohlhabenden Gegenden wie z.B.in Punjab und Haryana waren die jetzt verbotenen Ultraschalltests, um das Geschlecht des ungeborenen Kinds festzustellen, die Norm. Und wenn es ein Mädchen war, waren Abtreibungen die Regel. Die Folge ist ein Verhältnis von 877 Frauen zu 1000 Männer im Bundesstaat Haryana. Der Durchschnitt in Indien liegt bei 940 Frauen zu 1000 Männern. Die Situation in manchen Teilen des Landes ist so schlecht, dass es an Frauen im heiratsfähigen Alter mangelt und Familien sich gezwungen sehen, Ehepartnerinnen für ihre Söhne in anderen Teilen Indiens zu suchen.
Dieses unausgeglichene Frauen-Männer Verhältnis ist auch einer der Gründe für die steigenden Sexualverbrechen in indischen Großstädten. Männer, die keine Partnerin finden, glotzen Frauen auf den Straßen und öffentlichen Plätzen an, und in manchen Fällen führt es zu Vergewaltigungen grausamer Art.
Es gibt auch andere Gründe für das Leiden der Frauen. Es liegt in der Erziehung der Jungen sowohl zu Hause als auch in der Schule und in den Medien, wo weiterhin traditionelle Geschlechterrollen und –stereotypen vermittelt werden. Ein sehr gutes Beispiel sind die sehr beliebten Seifenopern, die jeden Abend im indischen Fernsehen laufen, wo die traditionellen Rollen weiter verstärkt und verherrlicht werden. Da denkt jeder junge Mann, dass er das Recht hat, Frauen als Objekte zu behandeln.
Die Situation ist aber nicht überall düster. Die Frauen wehren sich. Die Ausschreitungen nach der Vergewaltigung in Delhi vom 16.12.2012 sind ein Beweis dafür. Viele junge Leute, Männer und Frauen, haben die indische Hauptstadt lahmgelegt, um für mehr Sicherheit der Frauen zu kämpfen, aber auch um die Gesellschaft für die erbärmliche Situation der Frauen zu sensibilisieren.
Als Folge dieser Demonstrationen hat die indische Regierung angefangen, in Schulen, Colleges, Behörden „gender sensitivity"-Programme, sowohl für Erwachsene als auch für Jugendliche durchzuführen. In den Medien wird das Problem heftig diskutiert und in den Familiengesprächen um den Esstisch ist es auch Thema.
Wenn diese Programme, diese Diskussionen, langfristig Erfolg haben, könnte sich das Leben von Frauen wie Sunita ändern und aussehen wie das ihrer Landsfrau Sonali, die gleichaltrig, verheiratet mit Kindern, in einem Vorort von Delhi lebt.

SONALI. Sonalis Wecker klingelt um 6 Uhr. Sie und Ihr Mann Kanishk stehen beide auf, wecken die Kinder, machen den Haushalt gemeinsam, schicken die Kinder zur Schule, gehen zur Arbeit. Sie sind Partner in einer Beziehung, wo alle Entscheidungen gemeinsam getroffen und mitgetragen werden und Sonalis Wünsche, sowohl berufliche als auch persönliche, von der ganzen Familie unterstützt werden.
Sonalis Leben ist keine Ausnahme und kommt immer häufiger vor, aber es wird dauern, bis die Welt von Sunita sich in Sonalis Welt verwandelt.

Puneet Kaur ist Deutsch-Dozentin und Lehrer_innen-Ausbildnerin am Goethe-Institut Neu Delhi und Generalsekretärin des Internationalen Verbandes für Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer

SIMBABWE

WOZA-FRAUEN SEIT ZEHN JAHREN SCHIKANIERT

Unermüdlich fordern die Frauen von WOZA ihre Rechte ein und protestieren gegen die sich laufend verschlechternde wirtschaftliche Lage. Amnesty International unterstützt sie seit langem.

WOZA (Women of Zimbabwe Arise) ist eine Menschenrechtsorganisation in Simbabwe, die sich für die Rechte von Frauen einsetzt und auf die erheblichen sozialen, ökonomischen und menschenrechtlichen Probleme in Simbabwe aufmerksam macht.
WOZA bedeutet auch „Komm vorwärts“ in Ndebele. Die Organisation wurde im Februar 2003 von Jenni Williams gegründet. Sie wendet sich mit friedlichen Mitteln wie Gesängen, Tänzen und Gebeten gegen repressive Gesetze wie den Public Order and Security Act, die Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Situation sowie Menschenrechtsverletzungen in Simbabwe. Sie sieht ihre Aufgabe unter anderem darin, andere Gruppen in Simbabwe dazu zu animieren, ebenfalls ihre Rechte einzufordern und ist daher besondere Zielscheibe staatlicher Verfolgung.
Immer wieder werden WOZA-Aktivistinnen wegen ihres Kampfes für die Menschenrechte verhaftet. Polizeibeamt_innen schüchtern sie ein, greifen die Aktivistinnen an und beschneiden sie in ihrem Recht der freien Meinungsäußerung.

Singend, tanzend, Parolen skandierend, aber stets friedlich gehen die WOZA-Frauen immer wieder auf die Straße.

VERHAFTUNGSWELLE UND EINSCHÜCHTERUNGEN. Trotzdem erheben die Aktivistinnen weiterhin ihre Stimme, um für ihre Rechte mit friedlichen Mitteln zu kämpfen. Die Behandlung von WOZA-Aktivistinnen in Simbabwe zeigt die wachsende Intoleranz gegenüber friedlichen, öffentlichen Demonstrationen, in denen die Politik der Regierung kritisiert wird.
Im Mai 2013 reichte WOZA eine Beschwerde bei der Afrikanischen Kommission für Menschen- und Völkerrechte ein wegen Verletzung des Rechts auf Rede- und Versammlungsfreiheit.
WOZA wird von Amnesty International unterstützt, damit die Aktivistinnen öffentliche Wahrnehmung erzielen und sich weiter für die Menschenrechte einsetzen können. 2008 erhielt WOZA den „Amnesty International Menschenrechtspreis“ von Amnesty International Deutschland für ihren Einsatz im Kampf für die Menschenrechte. Die Organisation erhielt auch zahlreiche weitere Preise. Amnesty International, unter ihnen auch österreichische Gruppen, setzen sich seit Jahren für WOZA ein.

MEHR ALS 40-MAL VERHAFTET. Jenni Williams, Mitbegründerin von WOZA, wurde in den vergangenen zehn Jahren schon mehr als 40 Mal inhaftiert - das letzte Mal am 6. August 2013. Sie sagt über die Unterstützung von Amnesty International: „Ihre Interventionen können unser Leben retten. Es hilft, den Verfolgern, den Angreifern eine Botschaft zu senden, und ihnen zu sagen: ‚Die Welt schaut zu’. Deshalb bitte ich Sie heute und morgen und in Zukunft darum, Ihre Solidarität mit Simbabwe auch weiterhin zu zeigen und zu vergrößern. Die Gewalt im Land nimmt leider wieder zu.“

HELFEN SIE MIT!

Verlangen sie ein Ende der Schikanen und Verhaftungen. Schicken Sie bitte den Appellbrief ab!

WIEN / INTERNATIONAL

VIENNA + 20 - 20 JAHRE NACH DER MENSCHENRECHTSKONFERENZ IN WIEN

Die Menschenrechtskonferenz 1993 in Wien setzte einen Meilenstein auch für die Frauenrechte, ganz besonders was den Schutz vor Gewalt betrifft.

20 Jahre nach der Wiener Weltmenschenrechtskonferenz kamen Mitglieder der Menschenrechtsbewegung aus aller Welt für eine Reihe von Veranstaltungen von 24. bis 28. Juni in Wien zusammen, um erneut die Vorrangigkeit der Menschenrechte einzufordern. MenschenrechtlerInnen aus über 50 Ländern weltweit nahmen teil an der Zivilgesellschaftskonferenz mit dem Titel „Menschenrechte in der Krise“ im Haus der Europäischen Union am 25. bis 26. Juni.
Vienna + 20 erinnerte an die Zweite Weltkonferenz über Menschenrechte in Wien im Juni 1993, einen Meilenstein bei der Verwirklichung und Förderung der Menschenrechte. 20 Jahre später gibt es allen Grund, dieses Übereinkommen wieder zu beleben. Frauenrechte werden nach wie vor massiv beschnitten, die Todesstrafe ist noch nicht abgeschafft und friedliche Proteste in der Türkei und in Brasilien werden gewaltsam niedergeschlagen.
Netzwerke der Zivilgesellschaft aus der ganzen Welt arbeiteten an einer Erklärung der Zivilgesellschaft. Sie soll die Menschenrechtsbewegung global stärken und Druck auf alle Staaten ausüben, Menschenrechts-Standards zu erneuern und zu bekräftigen.

Diese Erklärung, „Wien + 20 – Den Schutz der Menschenrechte vorantreiben“, wurde auf einer Konferenz vorgestellt, zu der das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten gemeinsam mit dem Büro des Hochkommisars für Menschenrechte vom 27. bis 28. Juni einlud.

DIE KONFERENZ 1993 UND DIE WIENER ERKLÄRUNG

Die Zielsetzungen und Empfehlungen des Aktionsprogramm der Wiener Erklärung, das alle UN-Mitgliedstaaten einstimmig annahmen, bewirkten eine nachhaltige Verbesserung des internationalen Menschenrechtssystems.

- Stärkung der Menschenrechte von Frauen
- Stärkung der Menschenrechte von Minderheiten und indigenen Völkern
- Bekämpfung von Folter und Verschwindenlassen
- Verbesserung der Durchsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte
- Verbesserung des Schutzes von MenschenrechtsverteidigerInnen
- Schaffung eines UN-Hochkommissariats für Menschenrechte
- Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofs

„Die Menschenrechtskonferenz 1993 in Wien war ein Moment der Hoffnung. Ein Moment, in dem wir an das Versprechen der Staaten glaubten, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte zu leben. Knüpfen wir an diese Versprechen von damals an und lassen wir nicht zu, dass Politiker_innen und Unternehmen einfach zum Tagesgeschäft zurückkehren. Denn die Zeit läuft uns davon und wir können uns keine weiteren Ausreden mehr leisten. Die größten Errungenschaften von 1993 waren die Schaffung des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte, die Stärkung der Frauenrechte und Bekräftigung der Unteilbarkeit aller Menschenrechte.“

Salil Shetty, Generalsekretär von Amnesty International bei der Konferenz in der Hofburg 2013

WIDE - Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven - rollte den roten Teppich für Frauenrechte aus - allerdings gepflastert mit Stolpersteinen

HONDURAS

„APPELLIERT AN DIE REGIERUNG! FORDERT SCHUTZ FÜR MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER_INNEN!“

Die Menschenrechtsverteidigerin und Journalistin Dina Meza aus Honduras im Gespräch

„Die Menschenrechtslage hat sich für alle verschlechtert; die Opfer sind Anhänger_innen der Widerstandsbewegung, Frauen, Jugendliche, Gewerkschafter_innen, Kleinbäuerinnen und –bauern, Indigene.“

Dina Meza ist eine bekannte Journalistin und Menschenrechtsverteidigerin in Honduras, die wegen ihres Engagements und ihrer Recherchen immer wieder bedroht wurde. Amnesty International startete mehrere Urgent Actions, zum Beispiel 2005, als Dina Meza über die Arbeitsbedingungen in privaten Sicherheitsunternehmen berichtete und in Folge dessen Morddrohungen erhielt. 2007 wurde Dina Meza mit dem Amnesty-Medienpreis ausgezeichnet.
In Honduras fand am 28. Juni 2009 ein Putsch statt, danach verschärfte sich die Situation für Menschenrechtsverteidiger_innen. Auch Dina Meza ist betroffen; sie erhielt eine Reihe von Morddrohungen. Im Frühjahr 2013 war sie im Rahmen eines Schutzprogramms für ein paar Monate an der Universität York in England. Während ihres Aufenthalts in Europa reiste Dina Meza in andere europäische Länder. Dieses Interview wurde während ihres Besuches in Österreich im April 2013 geführt.

Wie ist die aktuelle Menschenrechtssituation?
Honduras erlebt derzeit eine Menschenrechtskrise. Gesetze gegen die Menschenrechte wurden beschlossen. Ein Gesetz erlaubt das Abhören von Telefonaten. Die Befugnisse des Militärs wurden erweitert. Die Kontrolle über Nichtregierungsorganisationen wurde verstärkt.

Wie ist die derzeitige wirtschaftliche Lage?
Nach dem Putsch wurde das Leben teurer. Die Preise auf Grundnahrungsmittel stiegen, so dass sich viele Familien diese nicht mehr leisten können. Die Armut nimmt weiter zu. Das Gesundheitswesen wurde privatisiert; Gesundheitsleistungen sind nunmehr kostenpflichtig.
Ein Gesetz zur Privatisierung des Bildungssektors wurde 2011 beschlossen.
Die Produktion von Grundnahrungsmitteln wurde erschwert, weil den Kleinbäuerinnen und -bauern nicht das Land zurückgegeben wird. Die Rückgabe war eigentlich in einem vor dem Putsch beschlossenen Gesetz vorgesehen. Im Bajo Aguán, eine der von den Spannungen und der Repression am stärksten betroffenen Region, herrscht seit Jahren ein Konflikt um den Zugang zu fruchtbarem Land. Kleinbäuerinnen und –bauern, die ihre Rechte einfordern, werden getötet, verfolgt, überwacht; gegen führende Mitglieder der Kleinbauernbewegung werden Prozesse geführt. Der Kampf um Land wurde kriminalisiert.

Wie ist die Situation für Arbeitnehmer_innen in Honduras?
In Honduras wurden 1954 durch einen Streik Arbeitsrechte erkämpft. Damals wurde ein Arbeitsgesetz beschlossen, das die Tagesarbeitszeit mit acht Stunden begrenzte sowie einen 13. Monatslohn und Abfertigung bei Kündigung einführte.
Nach dem Putsch von 2009 wurden die Arbeitsrechte aufgehoben und stattdessen das „Gesetz über stundenweise Arbeit“ eingeführt, so dass die Arbeitnehmer_innen nach nur Stunden bezahlt werden. Vor dem Putsch war ein Mindestlohn garantiert – und der gestürzte Präsident Manuel Zelaya hatte diesen auch gerade erhöht –; nach dem Putsch wurde der Mindestlohn nicht mehr bezahlt.
Hunderte Arbeitnehmer_innen wurden wegen ihrer Unterstützung für die Widerstandsbewegung - z.B. wegen ihrer Teilnahme an Demonstrationen gegen den Putsch- entlassen.
Unterstützer_innen des Putsches organisierten ebenfalls Kundgebungen, die als Demonstrationen der „Weißen Hemden“ bekannt wurden. Gegen ihren Willen mussten auch Arbeitnehmer_innen daran teilnehmen; sie wurden von Unternehmen dorthin geschickt. Ihre Teilnahme wurde mittels Listen überprüft. Wer sich weigerte, wurde entlassen.

Agieren paramilitärische Gruppierungen in Honduras?
Ja, leider. Wir haben das Modell aus Kolumbien übernommen. Schon vor dem Putsch

gab es Todesschwadronen und Auftragskiller. Nach dem Putsch hat es sich verstärkt. Letzte Woche wurde der Staatsanwalt, der gegen das organisierte Verbrechen kämpfte, erschossen. In der Woche davor wurde eine Journalistin angeschossen, die über Landkonflikte und Korruption bei der Polizei berichtet hatte.

Wie ist die Sicherheitssituation für Dich?
Ich habe mich immer schon für die Menschenrechte eingesetzt und wurde deshalb verfolgt.
Jetzt hat sich die Menschenrechtslage für alle verschlechtert; die Opfer sind Anhänger_innen der Widerstandsbewegung, Frauen, Jugendliche, Gewerkschafter_innen, Kleinbäuerinnen und –bauern, Indigene.

Wie sieht Dein Einsatz für die Menschenrechte aus?
Ich arbeite mit der Menschenrechtsorganisation COFADEH zusammen, die das Radioprogramm „Stimmen gegen das Vergessen“ und eine Online-Plattform „Menschenrechtsverteidiger_innen online“ (defensores en linea) anbietet. Weiters unterstütze ich das „Komitee der Familienangehörigen Verhaftet-Verschwundener“, das bereits seit den 1980-er Jahren besteht. Meine Aufgaben zum Schutz der Menschenrechte umfassen journalistische Arbeit (Recherche, Interviews, Medienberichte), Menschenrechtsbildung für die Mitglieder der Widerstandsbewegung, Begleitung der Kleinbäuerinnen und –bauern und ihrer Organisationen, internationale Vertretung, z.B. vor der interamerikanischen Menschenrechtskommission, Interventionen des „Komitees der Familienangehörigen Verhaftet-Verschwundener“.

Wie schätzt Du die Zukunft ein?
Heuer im November werden Wahlen stattfinden. Dabei wird eine neue Partei, die LIBRE-Partei, antreten, in der auch die Gattin des gestürzten Präsidenten Zelaya als Kandidatin vertreten ist.
Die bestehende Oligarchie hat kein Interesse an dem Wahlsieg der neuen Partei. In den vergangenen hundert Jahren hatten sich stets zwei Parteien die Macht geteilt; daher unternehmen diese alles, um die neue, dritte, Partei zu zerschlagen. So überwachen sie Versammlungen oder verhaften Mitglieder. Seit letztem Mai 2012, als die neue Partei gegründet wurde, wurden über 20 aktive Mitglieder ermordet.
Die neue LIBRE-Partei hat Unterstützung in der Bevölkerung, aber ich mache mir keine Illusionen: Die Stimmauszählung erfolgt durch die Wahlkommission, und bereits in der Vergangenheit fand gegenseitige Manipulation der zwei alten Parteien statt. Die Oligarchie wird nicht zulassen, dass der Wahlsieg an LIBRE geht.

Dina Meza im Gespräch mit Sabine Vogler, Amnesty-Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte
© Nina Kreuzinger

Trittst Du auch an?
Nein. Ich bin nicht Kandidatin bei LIBRE. Ich bin Menschenrechtsverteidigerin. Meine Aufgabe ist Menschenrechtsbegleitung; d.h. wenn etwa Mitglieder von LIBRE Opfer von Menschenrechtsverletzungen werden.

Was sind Deine Wünsche an Amnesty?
Bitte appelliert an den honduranischen Staat: Fordert Schutz für Menschenrechtsverteidiger_innen! Fordert die Untersuchung der Morddrohungen. Fordert, dass die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden.

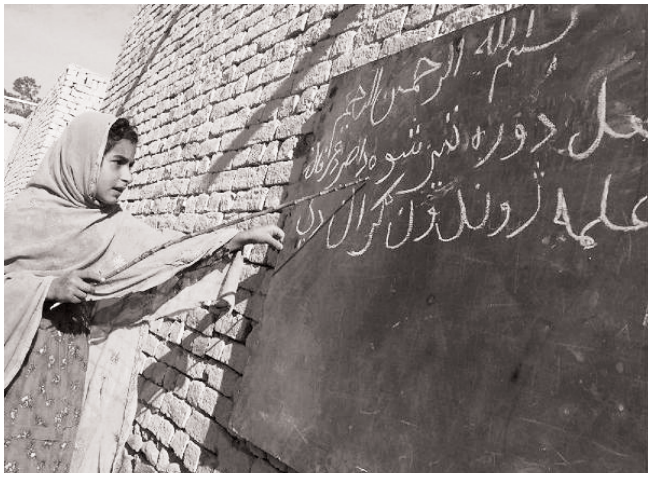
AFGHANISTAN

FRAUEN IM KAMPF GEGEN DISKRIMINIERUNG UND GEWALT

Frauenrechtlerinnen werden in Afghanistan aufgrund ihrer Aktivitäten ermordet, eingeschüchtert und bedroht. Einige flüchteten.

Frauenrechtsaktivistinnen in Afghanistan leben gefährlich. Am 13. Juli 2012 wurde Hanifa Safi, Leiterin der Abteilung für Frauenfragen in der Provinz Laghman, getötet und ihre Familie von einem ferngesteuerten Sprengsatz verletzt . Am 10. Dezember, wurde ihre Nachfolgerin, Nadia Sidiqi, von unbekannten Tätern auf ihrem Weg zur Arbeit ermordet. Trotz Ermittlungen in beiden Morde wurde niemand vor Gericht gestellt.

Für den Schutz und die Wahrung von Frauenrechten kämpfen in Afghanistan Frauen an vorderster Front. Aktivistinnen, Journalistinnen, Lehrerinnen, Politikerinnen und medizinisches Personal halten Lese- und Schreibkurse für Frauen, organisieren Frauenhäuser und schaffen Bewusstsein für die Gefahren von Zwangsheirat und früher Verheiratung von Frauen bzw. Mädchen.



Frauen unterrichten Frauen und Mädchen und wecken das Bewusstsein für ihre Rechte.

© Demotix/Mohammad Rahim Jami

Viele Frauenrechtlerinnen in Afghanistan wurden aufgrund ihrer Aktivitäten ermordet oder bedroht, einige flüchteten. Sie haben mit Einschüchterungen und Angriffen durch einflussreiche konservative gesellschaftliche Gruppen, denen auch Regierungsmitglieder, Taliban und bewaffnete Oppositionsgruppen angehören, zu kämpfen. Sie halten die Arbeit der Frauenrechtlerinnen für Aktivitäten gegen die Kultur, Religion und sozialen Normen von Frauen.

Aktivistinnen wurden auch von Familienangehörigen, denen ihre Arbeit unangenehm war, eingeschüchtert oder angegriffen. Amnesty sprach mit vier Aktivistinnen über die Risiken beim Einsatz für die Rechte von Frauen und Mädchen. Die Geschichte von Dr. D. und Aziza werden hier ausführlich widergegeben.

PARWEEN, Direktorin einer Grundschule in der Provinz Laghman, sollte eine Mädchenschule leiten. Unbekannte Männer bedrohten und warnten sie, ihre Arbeit zu beenden. Schließlich wurde ihr Sohn Hamayoon entführt und ermordet.

SHALA ist Frauenrechtlerin und Lehrerin in der Provinz Helmand, die vor allem durch Taliban kontrolliert und beeinflusst wird. Sie kümmert sich vor allem um Frauen, die häuslicher Gewalt ausgesetzt sind, Selbstmord begehen oder sich selbst verbrennen wollten. Shala wird durch Anrufe bedroht, am Weg zur Arbeit wird sie verfolgt.

DR. D. ARBEITET ALS GYNÄKOLOGIN und kümmert sich vor allem um Frauen, die missbraucht oder vergewaltigt worden sind oder häuslicher Gewalt ausgesetzt sind. Für AI erzählt sie, wie ihre Familie, aufgrund ihrer Arbeit Zielscheibe der Taliban wurde.

„Alles begann 2007, als ich in der Kunar Provinz lebte. Ich arbeitete in einem Krankenhaus, das häufig Abtreibungen bei Mädchen, die nach einer Vergewaltigung durch ihre männlichen Verwandten schwanger wurden, durchführte. Sie kamen in meine Klinik, weil sie abtreiben mussten [sonst hätten Verwandte oder Angehörige ihrer Gemeinschaft einen Ehrenmord an ihr begangen]. Ich erhielt nachts Drohbriefe und Anrufe von den Taliban. Sie warnten, dass sie mich und meine Familie aufgrund meiner Arbeit töten würden. Zwei Jahre später, im März 2009, hörte ich am Abend eine Explosion und ich eilte hinaus. Meine Kinder spielten gerade im vorderen Hof. Mein 11-jähriger Sohn lag schwer verletzt am Boden. Ich war geschockt und erinnere mich nicht mehr, was dann passiert ist.

Mein Sohn brauchte fast ein Jahr lang medizinische Behandlung und wir waren sehr be-

schäftigt, ihn von Krankenhaus zu Krankenhaus zu bringen. Der Unfall traf ihn schwer. Er wurde psychisch krank. Er ist immer müde und depressiv, ständig fragt er, warum dieser Unfall ihm passiert ist.
Sechs Monate später wurde mein 22-jähriger Bruder vor unserem Haus bei einem Granatangriff getötet. Sie warfen eine Granate nach ihm, als er zu unserem Haus ging. Wir haben in unserem Leben sehr gelitten.
Wir berichteten die Drohungen der Regierung, aber niemand hörte zu und wir waren sehr entmutigt. Sie haben bis jetzt nichts getan. Ich habe Gerechtigkeit gesucht und Behörden ersucht, die Täter zu finden, aber sie ignorierten uns und haben nichts gemacht.
Im Jahr 2009, nachdem mein Sohn mit einer Granate verletzt wurde, zogen wir von Kunar weg. Inzwischen habe ich aufgehört, Abtreibungen durchzuführen und versuche möglichst unauffällig zu arbeiten. Niemand kennt meine Adresse. Wenn sie etwas über mich wissen würden, würden sie mich wieder bedrohen.
Die Situation ist hier für Frauen sehr schlecht. Frauen haben Schwierigkeiten, zur Arbeit zu gehen und Mädchen werden am Schulbesuch gehindert. Es gibt zu viele Fälle von Gewalt gegen Frauen. Ich habe selber 30 bis 50 in einem Monat gesehen. Wenn ich [den Frauen] sage, sie sollen ihre Fälle der Polizei berichten, lehnen sie ab, weil sich ihre Familie dafür schämen würde und sie sehr schlecht behandeln würde. Sie gehen nicht zur Polizei und tolerieren Gewalt und Belästigung.
Wir müssen unseren Leuten helfen, besonders den Frauen, sie brauchen uns und wir müssen dem Land und den Leuten dienen. Ich kann nicht zu Hause sitzen und nichts tun, das liegt nicht in meiner Natur."

AZIZA KHAIR ANDISH, aktiv in der Zivilgesellschaft und Menschenrechtsaktivistin aus Herat-Stadt, arbeitet gegen Extremismus vor allem in Universitäten. Sie schildert für Amnesty ihre Hoffnungen und Ängste für die Zukunft, nachdem die afghanische Regierung eine Übereinkunft mit den Taliban anstrebt.
„Arbeiten ist für Frauen in einer traditionellen, männerdominierten Gesellschaft wie in Herat nicht einfach. Die Atmosphäre ist für Frauen am Arbeitsplatz, vor allem in Ämtern und Behörden, sehr schwierig. Zum Beispiel werden Frauen in Führungspositionen von männlichen Kollegen nicht als Chefin akzeptiert und ständig wird ihre Autorität in Frage gestellt. Anstatt sich auf ihre Arbeit zu konzentrieren, müssen diese Frauen sich damit herumschlagen, ihre Autorität durchzusetzen.
In Herat gibt es außerdem noch einige Herausforderungen mit Extremismus. Extremisten behindern die Arbeit der Zivilgesellschaft, aber bis jetzt hat sich diese der Herausforderung erfolgreich gestellt. Unermüdlich wurde daran gearbeitet, den Extremismus auszurotten, gleichzeitig wurden Netzwerke der Zivilgesellschaft und Menschenrechte beworben. Im letzten Jahr war es der Zivilgesellschaft und den Menschenrechtsnetzwerken möglich, eine Koordinationsstelle einzurichten. Das Ergebnis war die Gründung von mehr Medienunternehmen. Diese Medien spielten eine wichtige Rolle bei der Bewerbung von Menschenrechten und bei der Stärkung der Zivilgesellschaft.
Meistens gehen wir an Universitäten, um die Menschenrechte unter den Studierenden bekannt zu machen, denn Extremisten haben ihre Wurzeln an den Universitäten, wo sie Studierende gegen die Zivilgesellschaft und die Werte der Menschenrechte aufwiegeln. Normalerweise involvieren wir religiöse Führer in unsere Programme, da sie unsere Arbeit einfach rechtfertigen können. Sie haben ein besseres Islamwissen und können leicht gegenüber Extremisten argumentieren.

Aziza Khair Andish sucht die Zivilgesellschaft zu stärken.

HELFEN SIE MIT!

Bitte schicken Sie den Appellbrief an Präsident Karzai ab und verlangen Sie Schutz für Frauenrechtsaktivistnnen!

AFGHANISTAN: FRAUENRECHTLERINNEN

Manchmal organisieren wir eine offene Diskussion und laden liberale religiöse Gelehrte, Demokraten und Intellektuelle ein, um Menschenrechtsthemen zu diskutieren. Sie können dann frei über ihre Ansichten sprechen. Wir laden auch einige traditionelle Mullahs ein, um die Diskussion offener zu gestalten und ihre Meinungen zu hören. Wir waren bei der Förderung von Toleranz, was auch Extremisten zum Anhören oppositioneller Meinungen führte, erfolgreich.
Kürzlich wollte der junge Sänger Shafeeq Murid ein Konzert in Herat Stadt aufführen, aber ein radikaler Mullah stellte sich dagegen und hat es nicht erlaubt. Seither haben wir unseren Kampf gegen Fundamentalismus in Herat intensiviert und auf eine bestimmte Weise waren wir erfolgreich: Der Mullah hat die Stadt verlassen. Nachdem er gegangen war, hörte all die Propaganda gegen Menschenrechte und gegen die Zivilgesellschaft auf. Das war ein großer Erfolg für die Menschenrechtsaktivist_innen und wir werden unsere Arbeit fortsetzen, um Fundamentalismus ganz auszuräumen.
Wir akzeptieren keinen Frieden ohne Gerechtigkeit, Transparenz oder einen Frieden der nicht tragbar ist. Wir wissen, dass es im Friedensprozess keine Transparenz gibt und wir wissen nicht, was sich im Hintergrund abspielt. Manchmal hören wir von Taliban-Websites über den Friedensprozess.
Ich persönlich, gemeinsam mit anderen Menschenrechtsaktivist_innen und Mitgliedern der Zivilgesellschaft, versuche optimistisch in die Zukunft zu blicken. Unser Ziel ist ein besseres Leben und wenn wir unsere Hoffnung verlieren und zu arbeiten aufhören, verschlechtert sich unsere Situation vielleicht."

AFRIKA: HOMOPHOBIE WÄCHST IN VIELEN LÄNDERN

Amnesty International veröffentlichte am 24. Juni 2013 in Johannesburg den Bericht "Making Love a Crime: Criminalisation of Same-Sex Conduct in Sub Sahara Africa", der Gewalt an LGBTI- Personen und homophobe Gesetze in den Ländern Afrikas südlich der Sahara aufzeigt - insbesondere in den Ländern Südafrika, Kamerun, Kenia und Uganda.
Die Vorstellung des Berichts erweckte großes Interesse für das Thema Gewalt an LGBTI- Personen. In südafrikanischen, afrikanischen und internationalen Medien erschienen diverse Artikel. Anschläge auf Homo-, Bi-, Trans- und Intersexuelle in Staaten südlich der Sahara werden zahlreicher und offensichtlicher. ***Das schließt darauf***, dass Homophobie ein neues gefährliches Ausmaß angenommen hat.
In vielen Staaten schüren Politiker den Hass, anstatt Gewalt gegen Schwule und Lesben gezielt zu bekämpfen und die Betroffenen zu schützen. In 38 Ländern südlich der Sahara gelten homosexuelle Handlungen als Straftat und werden als „unnatürliche fleischliche Akte" oder „Akte gegen die natürliche Ordnung" qualifiziert. In den vergangenen fünf Jahren haben der Süd-Sudan und Burundi neue Gesetze zur Bestrafung gleichgeschlechtlicher Liebe eingeführt. In Uganda, Liberia und Nigeria wird die Verschärfung bestehender Gesetze in den Parlamenten diskutiert, bis hin zur Einführung der Todesstrafe.
Der Amnesty-Bericht nimmt die aktuelle Gesetzeslage quer durch den Kontinent unter die Lupe und beschreibt die Lebenssituation Betroffener aus Uganda, Kenia, Südafrika und Kamerun, die von alltäglicher Diskriminierung, Hetze von Politikern und Religionsführern, Gesetzesverschärfungen und Gewalt gezeichnet sind.
Oft wird Homosexualität von afrikanischen Politikern als Import aus dem Westen bezeichnet.
Auch Medienberichte schüren die Feindseligkeiten. Im Jahr 2010 wurde auf der Titelseite des Rolling Stone Magazines in Uganda ein Foto des LGBTI-Aktivisten David Kato abgedruckt. Daneben die Überschrift „Hängt sie!". Einen Monat später wurde Kato in seinem Haus getötet.
Nur in wenigen Ländern sieht Amnesty positive Entwicklungen: So haben Mosambik und Botswana die Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung gesetzlich verboten.
Weitere Informationen unter: http://afrika-sued@amnesty.at und auf http://www.queeramnesty.at

Ayatollah Sadegh Larijani
(care of) Public relations Office
Number 4, 2 Azizi Street
Vali Asr Ave., above Pasteur Street intersection
Tehran
IRAN

Your Excellency,

I am concerned about the imprisonment and harassment of women human rights defenders.

I call for the dropping of all charges and convictions against Campaign for Equality activists that are connected to their peaceful campaigning for equal rights for women in Iran.

I also call for an end to the arrests and harassment of supporters of the Campaign for Equality and all women's rights defenders.

Moreover, I urge you to review Iranian legislation with a view to ending all legalized discrimination against women.

Respectfully,

Exzellenz,

über das Schicksal der Menschenrechtsverteidigerinnen im Iran bin ich tief betroffen. Sie werden in Ihrem Land bedroht, verfolgt und inhaftiert.
Dies nur aufgrund friedlicher Arbeit, wegen ihres Einsatzes für die allgemeinen Menschenrechte und der Beanspruchung des Rechts auf freie Meinungsäußerung.

DESHAL B FOR DERE ICH :
- eine sofortige und bedingungslose Freilassung aller Menschenrechtsverteidigerinnen.
- eine sofortige, gründliche und unparteiische Untersuchung der Vorwürfe der Anklagen gegen sie.
- die Einhaltung der UN-Menschenrechtserklärung Artikel 12 (2), welche Verfolgung und Einschüchterung von Menschenrechtsverteidiger_innrn verbietet.

Weiters forde ich dazu auf, die iranische Gesetzgebung so zu reformieren, dass sie der Diskriminierung von Frauen ein Ende setzt.

Hochachtungsvoll,

Shaikh Hamad bin 'Issa Al Khalifa
Office of His Majesty the King
P.O. Box 555
Rifa'a Palace
al-Manama
BAHRAIN

Your Majesty,

I am writing to you out of grave concern for SEDDIQA AL-BASRI, a 27-year-old mother of two, who has been detained since 14 August.

On 14 August, at around 3 pm, Seddiqa al-Basri, together with three other women and a 14-year-old girl, were arrested as they tried to join an anti-government demonstration in Sayf Junction in the capital, Manama. Seddiqa al-Basri was driving the car the women were travelling in when police stopped her. The women were removed from the car by force and taken away in a police vehicle to the capital's al-Hurra police station. There they were interrogated by the police for several hours. At around 1am on 15 August the three women, Tayyiba Derwish 'Issa, Sharifa Sayyid Sa'eed Mahdi and one other whose name has not been disclosed – and the 14-year-old girl, 'Adhra' Mohammad, were released. Around the same time, Seddiqa al-Basri was transferred to a women's detention centre in 'Issa Town, south-west of Manama.

On 15 August, Seddiqa al-Basri was charged with "attempting to run over two police women", which she has denied. Seddiqa al-Basri had already been imprisoned for six months this year, from 28 January till 17 July, after she had been found guilty of "hurting a policeman's feelings" and "public gathering". At her initial interrogation for this previous incident she was reportedly tortured.

I urge you to release Seddiqa al-Basri immediately and unconditionally if she is held solely for exercising her rights to freedom of association and assembly.

Furthermore, I call on you to protect Seddiqa al-Basri from torture and other ill-treatment.

Yours sincerely

Majestät,

Ich möchte Sie höflich auffordern, Seddiqa al-Basri umgehend und bedingungslos freizulassen, sofern sie ausschließlich wegen der friedlichen Ausübung ihrer Rechte auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit Gebrauch festgenommen wurde.

Bitte gewährleisten Sie außerdem, dass Seddiqa al-Basri vor Folter und anderen Misshandlungen geschützt wird.

Hochachtungsvoll,

Commissioner General of Police
Augustine Chihuri
Zimbabwe Republic Police
Police Headquarters
PO Box 8807
Causeway, Harare
SIMBABWE

Dear Commissioner-General,

I wish to express my grave concern at the repeated arbitrary arrest, intimidation, harassment and ill-treatment of members of the women's rights organisation Women of Zimbabwe Arise (WOZA).
In previous years, WOZA members have been arrested during peaceful events held on Valentine's Day and International Women's Day an other occassions. WOZA activists have been beaten by police officers and arbitrarily detained.

Amnesty International believes that the WOZA members have been ill-treated solely for attempting to exercise their legitimate rights to freedom of expression, association and peaceful assembly.

I urge you to immediately stop such practices and respect the right of WOZA members to exercise their constitutionally and internationally guaranteed rights to freedom of expression, association and peaceful assembly.

Yours sincerely,

Sehr geehrter Herr Generalkommissar!

Ich bin in großer Sorge wegen der willkürlichen Festnahmen, Einschüchterungsversuche und Misshandlungen von WOZA-Mitgliedern. Sie wurden in den letzten Jahren bei Kundgebungen zu verschiedenen Anlässen verhaftet und von der Polizei geschlagen.

Amnesty International ist überzeugt, dass dies nur geschah, weil die WOZA-Mitglieder ihr legitimes Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Anspruch nahmen.

Ich fordere Sie auf, die Festnahmen und Misshandlungen sofort zu beenden und dafür zu sorgen, dass die in der Verfassung des Landes wie auch international verbrieften Rechte der WOZA-Mitglieder auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit respektiert werden.

Hochachtungsvoll,

President Hamid Karzai
Gul Khana Palace
Presidential Palace
Kabul
Afghanistan

Dear President Karzai,

Afghan women human rights defenders frequently face intimidation and attacks, particularly by powerful elements in society, some of them members of the government, others allied with the Taliban and other armed opposition groups. In many cases, these brave women face attacks from within their own community or their family, or from local officials and religious leaders, who may be politically opposed or embarrassed by their outspokenness. Some have fled the country while others have been killed for raising their voice.

On 13 July 2012 Hanifa Safi, the head of the Department for Women's Affairs in Laghman province, was killed and her family injured by a remote-controlled explosive device. Later in the year, on 10 December, her successor, Nadia Sidiqi, was killed by unidentified gunmen while on her way to work. Despite investigations into both killings, no one has been brought to trial.
Ensure that threats and attacks on women human rights defenders are swiftly and fully investigated and effective remedies provided.

Require all authorities to fully implement the Elimination of Violence against Women Law and other relevant legislation aimed at protecting and promoting women’s human rights.

Yours sincerely

Sehr geehrter Herr Präsident!

Afghanische Menschenrechtsverteidigerinnen sind häufig Einschüchterungen und Angriffen ausgesetzt, vor allem durch starke Gruppierungen der Gesellschaft, von denen einige Mitglieder der Regierung, andere mit den Taliban und anderen bewaffneten Oppositionsgruppen verbündet sind. In vielen Fällen erleben diese tapferen Frauen auch Angriffe innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft oder ihrer Familie oder von lokalen Beamten und religiösen Führern. Einige dieser Frauen haben das Land verlassen, während andere getötet wurden, weil sie ihre Stimme erhoben.

Am 13. Juli 2012 wurde Hanifa Safi, Leiterin der Abteilung für Frauenfragen in der Provinz Laghman, getötet und ihre Familie von einem ferngesteuerten Sprengsatz verletzt . Am 10. Dezember 2012 wurde ihre Nachfolgerin, Nadia Sidiqi, von unbekannten Tätern auf ihrem Weg zur Arbeit getötet. Trotz Ermittlungen in beiden Morde wurde niemand vor Gericht gestellt.

Stellen Sie sicher, dass Drohungen und Angriffe auf Frauenrechtsaktivistinnen schnell und vollständig untersucht und wirksame Rechtsmittel angewandt werden.

Verlangen Sie, dass alle Behörden das Gesetz zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und andere einschlägige Rechtsvorschriften zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte von Frauen konsequent umsetzen.

Hochachtungsvolll,

ERFOLGE UND GUTE NACHRICHTEN

NEUE UN-RESOLUTION 2106 GEGEN SEXUELLE GEWALT IN BEWAFFNETEN KONFLIKTEN. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am 24. Juni 2013 in einer Resolution bekräftigt, die Anstrengungen im Kampf gegen sexuelle Gewalt in Konflikten zu verstärken. Täter, unter deren Verbrechen viele Mädchen und Frauen, aber auch Jungen und Männer leiden, sollen nicht länger ungestraft davonkommen. Die 15 Mitglieder des Sicherheitsrates stimmten einstimmig für die Resolution 2106.
In drei früheren Resolutionen – 1820 (2008), 1888 (2009) und 1960 (2010) – hatte der Sicherheitsrat bereits bestätigt, dass systematisch angewandte und als Kriegsmittel eingesetzte sexuelle Gewalt eine fundamentale Gefahr für den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit darstelle – und entsprechend geahndet werden müsse.

67 STAATEN UNTERZEICHNEN WAFFENHANDELSKONTROLLVERTRAG Am 3. Juni 2013 versammelten sich in New York 67 Staatenvertreter und - ver-

© Mira66

treterinnen, um den Waffenhandelskontrollvertrag (Arms Trade Treaty - ATT) zu unterzeichnen. Der Vertrag wird von vielen Staaten so ernst genommen, dass die Minister angereist sind, um dieser Zeremonie beizuwohnen. Die Unterzeichnung ist ein wichtiges Signal der Staaten, dass sie die Regelungen des ATT einhalten wollen. Jetzt müssen sie ihr Versprechen in die Tat umwandeln und dürfen keine Lieferungen von Rüstungsgütern genehmigen, wenn die Gefahr besteht, dass damit Menschenrechte verletzt werden.

EL SALVADOR - BEATRIZ AUßER LEBENSGEFAHR. Die 22-jährige Beatriz aus El Salvador ist nach einer sehr problematischen Schwangerschaft außer Lebensgefahr. In einem Brief (rechts) dankt sie den Menschen in aller Welt, die sie in den vergangenen Wochen und Monaten unterstützt haben.
Beatriz leidet an einer Autoimmunkrankheit und einer Nierenerkrankung. Schon die erste Schwangerschaft war mit erheblichen Komplikationen verbunden gewesen.
Als die Ärzt_innen nun Lebensgefahr für sie diagnostizierten und der Fötus zudem nicht überlebensfähig war, sah Beatriz keine andere Möglichkeit, als um Erlaubnis zu bitten, die Schwangerschaft abzubrechen. Doch Schwangerschaftsabbruch stellt in El Salvador eine Straftat dar und wurde ihr verweigert.
Entsetzt darüber, wie die salvadorianischen Behörden Beatriz behandelten, bat Amnesty International weltweit um Unterstützung.
Die Reaktion war überwältigend. In vielen Ländern folgten Menschen dem Amnesty-Aufruf, haben Briefe und E-Mails verfasst, Petitionen unterschrieben sowie an Online-Aktionen teilgenommen. Mehr als 170.000 Unterschriften konnten auf diese Weise Präsident Funes vorgelegt werden.
Am 3. Juni erlaubte die salvadorianische Regierung Beatriz endlich einen Kaiserschnitt. Wie prognostiziert, litt der Fötus an einer so schweren Fehlbildung, dass er nur wenige Stunden überlebte.

MALEDIVEN - REGIERUNG WIRD MÄDCHEN SCHÜTZEN. Die Regierung der Malediven hat sich kürzlich verpflichtet, das 15-jährige Mädchen zu schützen, das ein Gericht der „Unzucht“ für schuldig befunden und zu Hausarrest und 100 Peitschenhieben verurteilt hatte. Dennoch drohen ihr vorerst weiter die Prügelstrafe und Hausarrest, und der Schuldspruch hängt belastend über ihr. Die Behörden hatten zuvor festgestellt, dass sie von ihrem Stiefvater vergewaltigt worden war. Dieser wurde daraufhin wegen der Vergewaltigung einer Minderjährigen angeklagt.

SIMBABWE - ANWÄLTIN FREIGELASSEN. Ein Richter des Hohen Gerichts entließ Beatrice Mtetwa am 25. März gegen Kaution aus der Haft. Sie war wegen „Behinderung der Justiz“ festgenommen worden, als sie einem Mandanten zur Seite stehen wollte, dessen Wohnung in Harare durchsucht wurde. Ihr Antrag auf Freilassung gegen Kaution wurde am 20. März zunächst abgelehnt.

San Salvador, 10. Juni 2013

Für meine Freundinnen des Feministischen Kollektivs und alle anderen Freundinnen und Freunde,

ich möchte mich für eure Unterstützung über die ganze Zeit hinweg bedanken, und ich glaube, ohne euch hätte ich es im Krankenhaus nicht ausgehalten. Ich möchte euch auch für all die Aktionen danken, die ihr für mein Leben gestartet habt. Die Situation ist sehr schwierig gewesen, ohne eure Unterstützung hätte ich das nicht durchgestanden. Ich hoffe, dass mein Beispiel dazu dient, dass andere Frauen nicht das durchstehen müssen, was ich ertragen musste. Ich bin sehr glücklich, weil ich jetzt wieder mit meinem Sohn und meiner Familie zusammen sein werde.
Also, das ist schon alles, was ich euch sagen wollte, und mit diesen Dankesworten verabschiede ich mich.

Viele Grüße
Beatriz

AKTIV IM AMNESTY-NETZWERK FRAUENRECHTE

Möchten Sie mitarbeiten im Netzwerk Frauenrechte? Wenn Ihnen die Menschenrechte der Frauen am Herzen liegen, wenn Sie gerne interessante Aufgaben übernehmen und die Zusammenarbeit in einer Gruppe motivierter Frauen schätzen, sind Sie bei uns richtig. Übrigens - Männer sind in unserer Gruppe natürlich willkommen.

Das sollten Sie mitbringen

- Interesse an globalen frauenspezifischen Themen
- Zeit für Gruppensitzungen (ein Abend etwa alle zwei bis drei Wochen)
- Zeit und Ideen für Veranstaltungen und Bereitschaft zum gelegentlichen Besuch von Seminaren und vielleicht auch überregionalen Amnesty-Treffen
- Kontaktfreude für Aktionen
- Verlässlichkeit bei der Durchführung der übernommenen Aufgaben
- Nicht Bedingung, aber geschätzt: Formulierfreude und/oder graphische Fertigkeiten zur Erstellung von Materialien. Routine im Umgang mit Social Media

Was wir bieten

- Kreative Entfaltungsmöglichkeiten in verschiedensten Bereichen
- Fremde Länder aus einer anderen Perspektive sehen
- Ihre Sprachkenntnisse, Ihre Kontakte und Ihren Computer sinnvoll einsetzen
- Interessante Diskussionen
- Spannende Teamarbeit und bereichernde menschliche Beziehungen

Schreiben Sie uns, wenn Sie mitmachen wollen: frauenrechte@amnesty.at

NETZWERK FRAUENRECHTE
AMNESTY INTERNATIONAL

+ VERANSTALTUNGEN ++ VERANSTALTUNGEN ++ VERANSTALTUNGEN +

FRAUEN IM IRAN: IRDISCHE TRÄUME IM PARADIES UND HARTE REALITÄT / LESUNG & VORTRAG

In Irdische Träume im Paradies (TAK Verlag, 2012) erzählt der Austro-Iraner Siroos Mirzaei die Geschichte von Shokufeh, einer jungen Iranerin. Sie ist in Masoud verliebt, doch eine Hochzeit ist aus familiären und sozialen Gründen ausgeschlossen. Infolge tragischer Ereignisse wird sie zum Tode verurteilt; im Paradies erinnert sie sich an ihr Leben im Iran. Die Spiegelung der Wirklichkeit in Utopia – hier Paradies genannt – ist Kritik, vor allem an der gesellschaftspolitischen Repression im Iran nach der Revolution 1979.
Siroos Mirzaei, Facharzt für Nuklearmedizin, Sprecher der Ärzt_innengruppe von Amnesty International und Mitgründer des Vereins Hemayat, Betreuungszentrum für traumatisierte Flüchtlinge, liest aus seinem ersten Roman.
Eva-Maria Jenkins- Krumm vom Netzwerk Frauenrechte von Amnesty Österreich informiert über Frauenrechte im Iran.

DIENSTAG, 10. OKTOBER 2013 , 19.00 UHR
LITERATURHAUS WIEN
SEIDENGASSE 13, 1070 WIEN

AMNESTY INTERNATIONAL BEIM „LANGEN TAG DER FLUCHT“ LIVING BOOKS UND FOTOAUSSTELLUNG: „S.O.S EUROPA"

Am „Langen Tag der Flucht" erzählen drei Amnesty International - Aktivisten als „Living Books“ von ihren Eindrücken, die sie heuer im Juli während ihres Aufenthalts beim 2. Human Rights Camp auf der griechischen Insel Lesbos bekommen haben. Zusätzlich dokumentiert eine Fotoausstellung die schwierigen Lebensbedingungen der Menschen an der EU-Außengrenze.
Lesbos ist auf Grund seiner geopolitischen Lage in der nordöstlichen Ägäis ein Zentrum der Migrationsroute nach Europa. Im letzten Jahr landeten hunderte Menschen auf Lesbos und wurden entweder eingesperrt oder mittellos und ohne Hilfe ihrem Schicksal überlassen. Die Fotoausstellung zeigt Bilder von der griechischen Insel Lesbos, wo in den vergangenen Jahren hunderte Migrant_innen und Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Europa gestrandet sind. Martin, Josua und Yusuf waren vor Ort und haben die schwierigen Lebensbedingungen der Flüchtlinge für die Ausstellung dokumentiert.
Organisiert wird der „Lange Tag der Flucht“ vom UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR gemeinsam mit mehr als 40 Kooperationspartner_innen aus Kunst, Kultur, Sport und dem Flüchtlingsbereich.

FREITAG, 27.09.2013 11:00 - 18:00
12:00 – 17:00 UHR: LIVING BOOKS
11:00 - 18:00 UHR: FOTOAUSSTELLUNG
HAUPTBÜCHEREI
URBAN-LORITZ-PLATZ 2A, 1070 WIEN

Impressum und Verlegerin, Eigenverlag: Amnesty International Österreich, Netzwerk Frauenrechte, 1150 Wien, Moeringgasse 10. Redaktion: Amnesty-Netzwerk Frauenrechte, für den Inhalt verantwortlich: Theresia Kandler / Amnesty Info - Netzwerk Frauenrechte, Nr. 3, September 2013, GZ 02Z 031 256M, Verlagspostamt 1150 Wien, Aufgabepostamt 1072 Wien, P.b.b.